

## **Merkblatt zum Auskunftersuchen an den Versorgungsträger über Anrechte aus einer privaten Altersversorgung**

1. **Anrechte** sind Anwartschaften auf Versorgungen oder Ansprüche aus laufenden Versorgungen. Anzugeben sind alle Versicherungsleistungen sowie eine eventuelle Zertifizierung nach dem Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz.
2. **Ehezeitanteil** ist der Anteil von Anrechten, der in der Ehezeit erworben wurde. Nach § 5 Abs. 1 VersAusglG berechnet der Versorgungsträger den Ehezeitanteil des Anrechts in Form der für das jeweilige Versorgungssystem maßgeblichen Bezugsgröße, insbesondere also in Form von Entgeltpunkten, eines Rentenbetrags oder eines Kapitalwertes.

Für die Bewertung eines Anrechts aus einem privaten Versicherungsvertrag sind die Bestimmungen des Versicherungsvertragsgesetzes über Rückkaufswerte anzuwenden. Stornokosten sind nicht abzuziehen (§ 46 VersAusglG). Bei privaten Versicherungen ist deshalb in der Regel ein Kapitalwert anzugeben. Soweit es einen Rückkaufswert nach § 169 VVG nicht gibt (wie bei der sogenannten Rürup-Rente, § 10 Abs. 1 Nr. 2 b) EStG), erfolgt die Bewertung nach § 39 VersAusglG. Die dem Versicherungsnehmer zugeteilten Überschussanteile oder Schlussüberschussanteile sind einzubeziehen. Wird bei fondsgebundenen Versicherungen ein bestimmter Wert garantiert (z. B. nach § 1 Nr. 3 AltZertG), ist neben dem Zeitwert auch der Garantiewert anzugeben.

Der Versorgungsträger ist verpflichtet, den Wert des Ehezeitanteils und die für die Teilung maßgeblichen Regelungen mitzuteilen und eine übersichtliche und nachvollziehbare Berechnung zu übermitteln (§ 220 Abs. 4 FamFG). Die Berechnung soll auf einem gesonderten Blatt beigelegt werden.

3. Der **Ausgleichswert** ist der Wert, der von dem Ehezeitanteil des Anrechts auf die ausgleichsberechtigte Person zu übertragen ist, um die Halbteilung des Anrechts zu realisieren. Der Versorgungsträger ist verpflichtet, dem Gericht einen Vorschlag für die Bestimmung des Ausgleichswerts zu unterbreiten und eine übersichtliche und nachvollziehbare Berechnung zu übermitteln. Die Berechnung soll auf einem gesonderten Blatt beigelegt werden.
4. Nach § 13 VersAusglG kann der Versorgungsträger die bei der internen Teilung entstehenden Kosten jeweils hälftig mit den Anrechten beider Ehegatten verrechnen, sofern sie angemessen sind. Wird eine derartige Verrechnung vorgenommen, so ist dies gesondert und mit nachvollziehbarer Berechnung zu erläutern.
5. Falls es sich bei dem vorgeschlagenen Ausgleichswert nicht um einen Kapitalwert handelt, hat der Versorgungsträger einen Vorschlag für einen **korrespondierenden Kapitalwert** zu unterbreiten. Der korrespondierende Kapitalwert entspricht dem Betrag, der zum Ende der Ehezeit aufzubringen wäre, um beim Versorgungsträger der ausgleichspflichtigen Person für sie ein Anrecht in Höhe des Ausgleichswertes zu begründen.

6. Das Gesetz sieht grundsätzlich die **interne Teilung** jedes Anrechts vor.

Die **interne Teilung** muss die gleichwertige Teilhabe der Ehegatten an den in der Ehezeit erworbenen Anrechten sicherstellen (§ 11 Abs. 1 VersAusglG). Der ausgleichsberechtigten Person muss insbesondere der gleiche Risikoschutz gewährt werden (§ 11 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 VersAusglG). Unter dem „gleichen Risikoschutz“ im Sinne des § 11 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 VersAusglG sind nur solche Leistungen der Versicherung zu verstehen, die der ausgleichsverpflichteten Person im Falle einer Beitragsfreistellung zugute kommen würden, also z. B. in der Regel nicht die Berufsunfähigkeitszusatzversicherung, aus der noch keine Leistungen bezogen werden

Der Risikoschutz kann auf eine Altersversorgung beschränkt werden, wenn der Versorgungsträger für das nicht abgesicherte Risiko einen zusätzlichen Ausgleich bei der Altersversorgung schafft (§ 11 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 VersAusglG). Dies ist ggf. näher zu erläutern.

Die **externe Teilung** ist nur möglich, wenn

- a. die ausgleichsberechtigte Person und der Versorgungsträger eine externe Teilung vereinbaren (§ 14 Abs. 2 Nr. 1 VersAusglG) *oder*
- b. der Versorgungsträger die externe Teilung verlangt und der Ausgleichswert bei einem Rentenbetrag höchstens 2 Prozent und bei einem Kapitalwert höchstens 240 Prozent der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Abs. 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch beträgt (§ 14 Abs. 2 Nr. 2 VersAusglG).

Sie können die externe Teilung deshalb nur verlangen, wenn entweder die Grenzen des § 14 VersAusglG eingehalten sind oder Sie eine Vereinbarung mit dem Ausgleichsberechtigten getroffen haben.